

BRONSKIS WOCHE

Eigentlich sollten wir mal ein bisschen aufatmen dürfen. Das wäre wirklich schön, oder? „Normalität“! So war's jedenfalls erhofft, als wir in den zweiten Lockdown gestartet sind. Aber wir stecken noch mitten in der zweiten Welle. Und es gibt neue Sorgen: Mutationen des Erregers sind aufgetaucht, die noch ansteckender sind als die ersten Varianten. Darum wurde der Lockdown verschärft. Mehr als zwei Millionen Opfer hat das Virus weltweit bisher gefordert, bei uns in Deutschland mehr als 50 000. Viele Intensivstationen arbeiten an der Belastungsgrenze, es werden weitere Menschen sterben. Außerdem wurde der Impfstoff ... ja, was? Verbockt? Es ist nicht genug Impfstoff da - just in jenem Land, in dem dieser Impfstoff entwickelt wurde.

Ich habe Erfahrungsberichte von Ihnen bekommen, in denen Sie erzählen, wie es Ihnen ergangen ist beim Versuch, einen Impftermin zu bekommen. Einer dieser Berichte steht heute hier im Forum. Weitere finden Sie unter frblog.de/impfstories. Dort oder per Mail können Sie Erfahrungen beisteuern. Mein Tagebuch finden Sie hier: frblog.de/homeoffice-322

Ihr Bronski



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht - im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210118.

Übersicht über die Themen: frblog.de/aktuell

Hilfen noch immer nicht voll ausgezahlt

Lockdown: „Mehr Unterstützung für Betriebe“ und „Überbrückungshilfe wird aufgestockt“. FR-Wirtschaft v. 18. u. 19. Januar

Hilft das wirklich, oder sind das Alibi-Maßnahmen?

Nochmal Verlängerung des Lockdowns, der keiner ist, Appelle und Bitten an die Wirtschaft, mehr Homeoffice zu ermöglichen, und Symbol-Aktionen zu der Art der Schutzmasken, die wir nun benutzen sollen. Sind das alles vernünftige Maßnahmen, um - besonders angesichts der Virus-Mutanten aus England - die Infektionszahlen wirklich runter zu drücken, oder lenken wir uns nur mit Alibi-Maßnahmen ab?

Die Kultur und privaten Kontakte der Menschen miteinander werden abgewürgt - und die Wirtschaft läuft weiter zur Freude der Großaktionäre, die in der Krise von steigenden Börsenkursen profitieren?

Warum wird die mit viel Aufwand und Kosten eingeführte Corona-Warn-App nicht weiterentwickelt, so dass wenigstens Datum und Uhrzeit eines „Risiko-Kontakts“ angezeigt werden? Damit ließen sich viel effizienter als bisher Infektionsketten aufdecken und unterbrechen. Und was ist mit den Corona Antigen-Schnelltests, die seit Oktober letzten Jahres zugelassen sind?

Eine Freigabe des Apotheken-Verkaufs für Normalbürger würde sofort dazu beitragen, infizierte Personen schnell zu erkennen, zu isolieren und weitere Infektionen zu unterbinden. Aber das würde gleichzeitig den Markt für die vielen zum Teil unseriösen privaten Testcenter austrocknen, die mit den Schnelltests enorme Gewinne einfahren.

Mein Fazit: Es gäbe durchaus sinnvolle Maßnahmen, um die Corona-Pandemie sinnvoll zu bekämpfen. Diese müssten nur von den politisch Verantwortlichen umgesetzt werden - ohne ideologische Scheuklappen.

Martin Gülzow, Langen

Heiße Luft in künstlich aufgeblasener Nachfrage

Corona ist derzeit ein gewaltiger Stresstest für unsere Gesellschaft und ein Prüfstein für die Belast-

barkeit und Stabilität der Wirtschaft. Statt den erarbeiteten gesellschaftlichen Reichtum leistungsgerecht zu verteilen oder für eine schrittweise Reduzierung der Arbeitszeit zu verwenden, wurde ein viele Milliarden Umsatz schwerer Konsum-, Freizeit- und Unterhaltungsmarkt geschaffen.

Corona deckt jetzt schonungslos die immanenten Risiken dieses kapitalistischen Geschäftsmodells auf, entweicht doch die heiße Luft aus der künstlich aufgeblasenen Nachfrage derzeit schneller, als man denken kann. Auf Flugreisen und Kreuzfahrten kann man verzichten. Besprechungen und Kongresse sind digital möglich. Auch in unserer schönen Heimat kann man sich mit den Kindern erholen. Shoppen muss nicht sein. Die Schränke sind ohnehin zu voll. Um Wirtschaft und Gesellschaft für die kommenden Herausforderungen krisenfest zu machen, muss sich erstens unsere Art zu wirtschaften grundsätzlich ändern. Zweitens muss der Konsum-, Freizeit- und Unterhaltungsbereich schrumpfen, leben wir doch schon seit langem ohnehin über unsere Verhältnisse. Und nicht zuletzt müssen sich Vermögende, wie vom DIW vorgeschlagen, mit einer einmaligen Abgabe an der Tilgung der Coronaschulden beteiligen. Schließlich haben insbesondere sie davon profitiert, dass der Staat als „Gesamtkapitalist“ den Laden mit seinen Milliarden schulden am Laufen gehalten hat, während die kleinen Gewerbetreibenden ins wirtschaftliche Nichts abgestürzt sind.

Hans Schinke, Offenbach

Ein Solidarfonds zugunsten der Opfer der Pandemie

Mehr Unterstützung für Betriebe, die durch Corona in Schwierigkeiten geraten, ist wichtig, auch wegen der Arbeitsplätze. Warum das aber alles aus Steuergeldern gezahlt werden soll, ist nicht einleuchtend. Gesetzlich muss ein Solidarfonds eingerichtet werden, in den die Profiteure

der Pandemie (Amazon, Lidl, Rewe, Aldi) einzahlen. Aus diesem Topf sind dann die Zahlungen an gefährdete Unternehmen zu zahlen. Die Berechnungsgrundlage ließe sich einfach gestalten: Was diese Unternehmen im Vergleich zum Vorjahresmonat mehr verdient haben, fließt in den Solidarfonds. Warum greifen die Medien das nicht auf?

Harald Fiedler, Oberursel

Leidtragende sind die kleinen Solo-Selbständigen

Peter Altmaier will eine Vereinfachung beim Zugang zu Corona-Hilfen für notleidende Unternehmen - wer fände das nicht gut? Leider sind dem Minister die Monatsnamen durcheinander geraten: Die Novemberhilfen im Januar noch nicht voll ausgezahlt, die Dezemberhilfen konnte man ab 23.12. beantragen, ab Ende Januar soll regulär gezahlt werden. Vielleicht stimmt das Timing bei der Überbrückungshilfe III, bereits Ende Oktober angekündigt, ab Januar sollten zumindest Abschlagszahlungen fließen? Nein, da gibt es heute noch nicht mal Antragsformulare, laut „Handelsblatt“ könnte es März bis zur Auszahlung dieser Hilfe werden. Kleinbetriebe, die am 16.12. schließen mussten, könnten anteilig Dezemberhilfe beantragen? Ein Blick auf die Homepage des BMWI: Das geht nur über die fiktive Überbrückungshilfe III.

Ein Grund fürs Chaos sind Verzögerungen bei der Programmierung der notwendigen Softwarelösung für jeweils verschiedene Hilfsprogramme. Den Programmierern kann man keinen Vorwurf machen, wenn sie jetzt auf Altmaiers Nachbesserungen warten, anstatt das Programm Ü III fertigstellen zu können. Leidtragende sind besonders viele kleine Soloselbständige, die ihre Geschäftsmiete nicht zahlen können, vor dem Rauswurf stehen und übergangsweise ALG II beantragen müssen.

Ulrich Winter, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/lf-20210118

Ungeliebte Kondome

§ 218: „150 Jahre Kriminalisierung sind genug!“, FR-Politik vom 9. Januar

Darüber spricht niemand: Für viel schlimmer als Abtreibungen halte ich die vorsätzliche Schädigung und Körperverletzung des ungeborenen Kindes im Mutterleib durch Rauchen und Alkoholkonsum der „Eltern“ (ausdrücklich nicht nur der Mutter) sowie durch Umweltgifte; und wenn die Kinder geboren sind, dass sie verhungern, erfrieren oder missbraucht werden. Die Männer sollten sich endlich an Kondome gewöhnen, unabhängig von Tradition und Religion, damit konnte viel Leid verhindert werden.

Ellen Unterberg, Frankfurt

Selbstverantwortung für die Sexualität

Das ungeborene Leben muss nicht geschützt werden? Das ist der logische Schluss, wenn man der Position von Pro Familia und dem Interview in der FR folgt. Es gehe nur um das absolute Selbstbestimmungsrecht der Frau, vom werdenden Leben ist gar nicht die Rede (etwas anders im Kommentar von Frau Herzberg). Zwei Argumente müssen sensibel beachtet werden: Es gibt einen Konflikt zwischen dem Lebensentwurf der Frau und dem Leben des ungeborenen Kindes. Da stehen keine absoluten Positionen gegenüber. Und es muss verstanden werden, dass die Verantwortung für die ungeliebte Sexualität betont werden. Dazu gehört ausdrücklich auch der Schutz der Frauen gegen Missbrauch. Die Selbstverantwortung für die Sexualität und damit für die Unversehrtheit des Leibes muss neu kultiviert werden

Richard Hartmann, Fulda

Unnötiger Ärger durch widersprüchliche Auskünfte

Corona: „Stresstest Impfanmeldung“, FR-Regional vom 13. Januar

Die Mitglieder der ersten Gruppe waren aufgerufen, sich zur Corona-Schutzimpfung anzumelden. Meine Eltern gehören mit ihrem Alter von 84 und 86 Jahren zu dieser Gruppe. Ich habe mich deshalb zusammen mit meinem Bruder um Impftermine bemüht. Seit Dienstag, 12.1., haben wir mit 146 Telefonaten versucht, die entsprechenden Rufnummern zu erreichen. Zwischenzeitlich habe ich mein Glück über die Internetseiten versucht und konnte dort zumindest die Registrierung meiner Eltern durchführen. Ausgerüstet mit den Vorgangsnummern wollte ich über einen mir per Mail zugesandten Link Termine reservieren, aber hier können nur Termine für Einzelpersonen eingegeben werden.

Aktuell müssen wir von Niederu aus das Impfzentrum in Frankfurt aufsuchen, da Hessen das dezentrale Impfzentrum in Hanau noch nicht öffnet. Meine Eltern möchten die Impfung gerne zusammen oder zumindest in zeitlicher Nähe haben. Das kommt uns entgegen, da wir bei einer Fahrzeit von etwa einer Stunde nicht jeden Elternteil getrennt hinfahren möchten - zweimal für beide Impfungen.

Wir hofften, dass uns telefonisch besser geholfen werden könne. Wir haben in den folgenden Tagen nach zahlreichen Versuchen fünf verschiedene Personen telefonisch erreicht. Sie waren alle freundlich, wirkten aber teilweise hilflos. Die ersten teilten uns jedoch mit, dass sie zu die-

sem Zeitpunkt keine Termine hätten, da ihnen das System keine mehr geben könne. Einer meinte, das Computersystem sei abgestürzt. Heute Vormittag (14.1.) erreichte ich jemanden, der mir mitteilte, dass er erst heute Nachmittag wieder Termine vergeben könne. Es sei aber kein Problem für die Eltern Termine in einem 15-Minuten-Abstand zu bekommen. Heute Nachmittag hatten wir einen Herrn am Telefon, der uns zwar Termine geben konnte, aber nicht gemeinsam. Das Computerprogramm sähe nur Einzelvergabe vor. Wir haben es aufgrund der widersprüchlichen Angaben nochmals versucht. Die Frau am Telefon sagte jetzt ebenfalls, dass eine zeitlich nahe Terminvergabe

nicht möglich sei. Das sähe das Computerprogramm nicht vor. Es gebe nur Einzeltermine.

Wer hat da bei der Programmierung nicht mitgedacht? Ist es nicht selbstverständlich, das ältere Ehepaar gemeinsam zur Impfung wollen? Auch für uns als Angehörige erscheint das sinnvoll, wenn wir schon bis nach Frankfurt fahren müssen, da die Regierung nicht bereit ist, dezentrale Impfzentren zu nutzen.

Wieso geben die Personen in den Callcentern unterschiedliche Auskünfte? Das führt zu unnötigem Ärger. Meine Eltern überlegen, ob sie überhaupt zur Impfung gehen sollen.

Manfred Langlitz, Nidderau

Diskussion: frblog.de/impfstories